

Omnibus für mehr direkte Demokratie auch heute in Eisenach



Walter Küppers, Eva Brandt und Ralf-Uwe Beck (v. li.) vor dem Omnibus. Foto: Peter Rossbach

Walter Küppers hat eine besondere Beziehung zu Eisenach. Eine Begegnung vor 11 Jahren in der Stadt hat das Leben des heute 61-Jährigen komplett verändert. Damals, im Jahr 2000, lief das Volksbegehren, um in Thüringen die Regeln für solche Volksbegehren zu vereinfachen. Da war auch ein Omnibus.

Eisenach. Dieser Omnibus stand auf dem Markt, um für das Volksbegehren zu werben. Küppers wollte damals auch ein wenig helfen und da er den Busführerschein besaß, war er vier Wochen hinter dem Steuer in Thüringen unterwegs. Seitdem chauffiert er den Bus „Für Volksabstimmung“ von März bis November jedes Jahr durch Deutschland und sogar Europa. „Schon deswegen komme ich immer wieder gerne nach Eisenach“, sagt Küppers, der mit dem Bus noch morgen auf dem Markt zu finden ist.

Da werden Unterschriften gesammelt, „aber die Gespräche sind eigentlich noch wichtiger“. Ziel ist es, Volksabstimmungen auch bundesweit möglich zu machen. Das geht derzeit nicht, weil die gesetzlichen Regelungen dafür fehlen. Das will die Bewegung mit dem Bus ändern.

„Man kann die Verdienste der Mannschaft des Busses auch für die Demokratiebewegung in Thüringen gar nicht hoch genug einschätzen“, lobt derweil Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Vereins „Mehr Demokratie in Thüringen“. Die beiden Volksbegehren (2000 und 2008) habe der Bus begleitet und befördert. „Wo der Bus aufgetaucht ist, gab es immer eine Initialzündung“, so Beck. Und das Ergebnis der Volksbegehren sei, dass der Freistaat was direkte Demokratie, die Möglichkeit von Volksbegehren angeht, „vom einstigen Schlusslicht in Deutschland auf Platz 4 vorgerückt ist“.

Das bedeute aber nicht, dass der Freistaat damit das „Land der Glückseligen“ der Demokratiebewegung sei. „Zur Zeit arbeiten wir an drei Baustellen“, so Beck. In Thüringen dürfen Volksbegehren nicht Themen aufgreifen, die etwa Auswirkungen auf den Landshaushalt hätten. „Das wollen wir ändern“, so Beck. Untersuchungen in der Schweiz zeigten, dass, wenn finanzwirksame Volksabstimmungen möglich sind, „die Ausgaben der öffentlich Hand sinken, weniger Schulden gemacht werden und die Zahl der Steuerhinterzieher abnimmt“. Weitere Baustelle sind Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene. „Da ist es uns gelungen, die Hürden auf ein praktikables Maß zu senken“, so Beck. Die Praxis zeige, dass die Regelungen dazu in der Kommunalordnung weiterentwickelt werden müssten.

Dritte Punkt: Eine Idee von „Mehr Demokratie“ ist es, die Bürgerbeteiligung bei Gesetzentwürfen im Landtag zu ermöglichen. „Die Bürger sollten sich via Internet zu allen Gesetzentwürfen äußern dürfen und diese Stellungnahmen sollten dann in öffentlichen Ausschusssitzungen ausgewertet werden“.

Der Bus steht noch am heutigen Freitag, 4. November, von 9.30 bis 18 Uhr auf dem Markt.